

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Richard Schönbach.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Schönbach.
Druck: Richard Schönbach, Dresden.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise

In Dresden und Theorien bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligen Verlang monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M.
Die 10. Jahrgänge 32 zum Preis 7.- M., außerhalb Sachsens 8.- M. Familien-
anzügen, Anzeigen unter 6 Zeilen und Wohnungsanzeigen, 10. Jahrgänge 32
zum Preis 1.- M., außerhalb Sachsens 1.20 M. Tagesblätter 1.- M. Tagesblätter
Vorauszahlung, Einzelpreis des Verbandsblattes 1.- M.

Schreibung und Hauptredaktion
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Richard Schönbach in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Vorkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Die verzweifelte Stimmung in Oesterreich.

Warnungsrufe der Wiener Arbeiterschaft.

Wien, 14. Juni. In der „Arbeiterztg.“ veröffentlicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Wiens unter Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise einen Aufruf zu massenhafter Beteiligung des arbeitenden Volkes an Versammlungen am nächsten Freitag abend, in denen die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung erwohrt werden sollen. Den Versammlungen wird eine Resolution vorgelegt werden, in der es heißt:

Die Gefahr des Ausbruches von Verzweiflungskimmungen in der Arbeiterschaft naht. Die Verlammlung macht die Regierung, die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Lage der Massen unerträglich geworden, ihre Geduld zu Ende ist und alle Mahnungen der Vertrauensmänner zur Besonnenheit schließlich an der Verzweiflung und Erbitterung der Massen abzusprallen drohen, wenn nicht schleunigst der Entwertung des Geldes Schranken gesetzt werden. Seit 1 1/2 Jahr, heißt es in der Resolution weiter, hält uns die Entente mit unerfüllten Kreditversprechungen hin. Kann und will die Welt uns nicht helfen, dann kann sie uns auch nicht hindern, in Deutschland Hilfe zu suchen. Die Arbeiterschaft ist bereit, im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland aufzunehmen. (W. L. B.)

Die gespannte Lage in Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 14. Juni. Bundeskanzler Seipel hat gestern im Bundesrat die unhaltbare Lage Oesterreichs dargestellt und wiederum erklärt, daß die Regierung ernste Maßnahmen treffen werde. Ueber den tatsächlichen Inhalt ihrer Leistungspläne schweigt die Regierung noch. Die Börse blieb ausnahmsweise geschlossen. Es werden jedoch Wünsche nach einer längeren Schließung laut. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Die allgemeine Stimmung ist infolge der Ungewißheit über die Regierungsmaßnahmen allen Gerüchten zugänglich. Die Situation kann natürlich jeden Augenblick Fortschritte in der schlimmsten Richtung machen.

Frankreichs Teilnahme an der Haager Konferenz.

Paris, 14. Juni. (Havas.) Infolge der Entschliessung des Ministerrates, an der Konferenz im Haag teilzunehmen, hat Poincaré den französischen Gesandten im Haag Charles Benoist zum Führer der französischen Abordnung ernannt. Benoist wird allein an der Vorbereitung am 15. d. M. teilnehmen. Die Sachverständigen treffen erst für die Beratsung am 15. Juni ein. (W. L. B.)

Poincaré über die Rolle der französischen Vertreter im Haag.

Paris, 14. Juni. Als Mitglieder der französischen Studentenkommision für den Haag wurden 4 Ministerialbeamte, der Presseschef Pruet und als einziger bekannter Mann Sandoz ernannt. Diese Vertreter werden unter der direkten Kontrolle des Haager Gesandten Benoist stehen. An der morgigen Eröffnungssitzung im Haag wird nur Benoist teilnehmen, da die französische Kammer über die Entsendung der Kommission erst endgültig beschließen wird. Poincaré äußerte Pressevertretern gegenüber, die Mitglieder der Kommission würden im Haag etwa die Rolle von Beobachtern spielen, fügte aber hinzu, daß es voraussichtlich zu einem erbitterten Kampfe zwischen französischer und englischer Auffassung kommen werde. Wenn die Haager Beratungen, was von französischer Seite als wahrscheinlich gehalten wird, mit einem Fiasko enden, dürfe niemand Frankreich dafür verantwortlich machen können. Sollte dagegen wider Erwarten ein Ergebnis erzielt werden, so sei Frankreich in der Lage, bei der Mediation der Schlichterrolle mitzusprechen. Die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit England würden überdies zeigen, auf welchen Staat

Ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei?

Prag, 14. Juni. Im Abgeordnetenhause brachte der deutsche nationalsozialistische Abgeordnete Knirsch einen angeblichen militärischen Geheimvertrag zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei zur Sprache, demzufolge die tschecho-slowakische Regierung verpflichtet sein soll, für den Fall kriegerischer Verwundungen mit 500 000 Mann die Franzosen zu unterstützen. In diesem Vertrag gäbe es zwei Nachträge. Im ersten sei vereinbart, falls die Anschließfrage in Deutschland in das Stadium der Verwirklichung tritt, hat die Tschecho-Slowakei Wien, Linz, Salzburg, die Industriezentren und die militärischen Gebiete bis zur Zone Wiener-Neustadt zu besetzen. Frankreich bezieht Klagenfurt und Graz. Die österreichische Bundesregierung ist erst 24 Stunden vor Ueberschreitung der Grenze durch die Truppen von diesen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Nach dem zweiten Nachtrage verpflichtet sich die Tschecho-Slowakei weiter, im Einvernehmen mit der polnischen Regierung gemeinsame wirtschaftliche und militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu treffen, falls Frankreich eine Gefährdung des mitteleuropäischen Friedens sieht. Als solche werde betrachtet: 1. die Nichterhaltung des Versailler Vertrages, 2. Unruhen welcher Art immer in Deutschland. Seitens der Regierung wird erklärt, daß die Angaben Knirschs auf Erfindung beruhen.

Der Pariser Senat zum Schicksal Oesterreichs.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 14. Juni. Der Senat beschloß gestern sich mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetze über die Gewährung eines Kredites von 55 Millionen Franken an Oesterreich. Im Verlaufe der Debatte erklärte Poincaré, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen die Verzögerung einer Kreditgewährung an Oesterreich die Lage im Lande außerordentlich verschlimmern würde. Man müsse sich die Frage vorlegen, ob die Verträge von Versailles und St. Germain verteidigt werden sollten, die den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbieten. Ferner wurde ein Bericht des österreichischen Gesandten in Paris zur Kenntnis genommen, der der Besetzung Oesterreichs durch die Alliierten keine Hilfe gebracht werde, müsse es über kurz oder lang der Anarchie verfallen oder von einem anderen Staate annektiert werden. Auch Beneß dränge auf die Gewährung eines Kredites an Oesterreich.

Frankreich zur Unterstützung seines Standpunktes rechnen könne. Nach dieser Darlegung der Gründe, die Frankreichs Beteiligung an der Konferenz als wünschenswert erscheinen ließen, betonte Poincaré, die Regierung habe nicht die Absicht, während der Kammerdebatte am Donnerstag die Vertrauensfrage zu stellen, um die Annahme der Kredite für die Studienmission zu sichern.

Das unerreichte Reparationsziel der Bankiers.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 14. Juni. Aus den Mitteilungen der englischen Presse über die Bedingungen, unter denen die Bankierskonferenz bereit war, die Auslieferung einer Anleihe anzunehmen Deutschlands zu empfehlen, geht hervor, daß die Bedingungen eine fast vollständige Streichung der Finanzklausel des Versailler Vertrages enthielten. Ihr Ziel scheint die völlige Neuverteilung der Politik der Versailler Vertragsmächte hinsichtlich des Reparationsproblems gewesen zu sein. Die Bedingungen waren nach den englischen Blättern folgende:

1. Verminderung der Gesamtsumme Deutschlands in Höhe von 6 Millionen Pfund Sterling auf ungefähr die Hälfte.
2. Die Gläubiger Deutschlands besäßen gemeinsam die Prioritätsrechte hinsichtlich der deutschen Zolleinnahmen und die der anderen von Deutschland zu stellenden Pfandbesitzungen.
3. Deutschland wird die Hälfte der Anleihe zur Verfügung gestellt werden.
4. Deutschland ist nicht verpflichtet, irgendwelchen Teil der Wiederentwöhnungssumme vor dem Ablauf von drei Jahren zu bezahlen.

Ein deutscher Handelsdampfer von Engländern beschlagnahmt.

London, 14. Juni. Der Hamburger Dampfer „Stella Maria“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Cork bei dem Einlaufen in den Hafen von Queenstown von einem britischen Dampfer beschlagnahmt wurde und vor Anker gehen mußte, ist nach einer Meldung der „Times“ gestern in den Hafen bugsiert worden. Die Durchsicht des Schiffes nach Waffen und Munition war ergebnislos.

Rascher Tod des neuen schweizerischen Gesandten in Berlin.

Berlin, 13. Juni. Der neue schweizerische Gesandte in Berlin Dr. Gaston Carlin wurde gestern nachmittag auf einem Spaziergange auf dem Königsplatz von einem Herzogslage getroffen. Die sofort herbeigezogenen Aerzte konnten nur noch den Tod des Gesandten feststellen.

Wandel und Wechsel.

Ein Wort der Vorbereitung auf die Elternratsarbeiten.
Von Prof. Dr. Laube.

Der deutsche Durchschnittsbürger hatte während des politischen Umsturzes den politischen Verstand vollständig verloren. Darum ließ er den Dingen ihren Lauf, den die linksstehenden Staatsbürgerlichen Gruppen mehr oder weniger ungenehmigt bestimmten. Noch heute warten Tausende von Männern und Frauen auf eine Aenderung der traurigen Volkslage als auf ein Wunder, das sich ohne ihre Mitwirkung einstellen müsse.

Aber im letzten Jahre ist sichtlich ein Wandel eintreten. Viele deutsche Bürger sind aus ihrer politischen Gleichgültigkeit erwacht. Die Not hat sie gewonnen. Sie sehen mit Schrecken, daß sich niemand um sie kümmert, und erkennen noch und noch, daß sie selbst ihren politischen Willen in die Tat umsetzen müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeiführen wollen. Der deutsche Bürger bekümmert sich allmählich auf seine Staatsbedeutung. Das zeigt sich besonders deutlich hier in Sachen, wo sich die Rechtsparteien endlich aufgerafft haben, auf verfassungsmäßigem Wege zu einer Staatsleistung zu gelangen, die die Belange aller Volksgenossen zu vertreten gewillt ist. Was sich das Bürgertum bei dieser Gelegenheit als eine Pflicht erweisen, die noch immer den Kern des Volkes darstellt, der gesund ist. Nur wenn das eintritt, dürfen wir auf eine bessere Zukunft hoffen.

Ein Blick auf unser überaus Deutsches Reich läßt diese Hoffnung. Allüberall regt sich das Verantwortlichkeitsgefühl des Bürgertums, steigt seine Anteilnahme an den öffentlichen Vorgängen. Der deutsche Beweis dafür sind die Ergebnisse der Elternratsarbeiten, die allenthalben gemeldet werden. Da diese in den weitaus meisten Fällen den Sieg der christlichen Schule über die weltliche bedeuten, so reden sie noch von einem anderen Wandel, der sich vollziehen hat. Viele Eltern haben offenbar im letzten Jahre an der Hand der Erfahrung sich davon überzeugen lassen, daß das Wohl ihrer Kinder, die doch deutsche Kinder sind, nicht in der religiösen, daher unchristlichen Weltanschauung, die neben den Sozialdemokraten auch die feine Vaterland liebenden Unabhängigen und Kommunisten eintreten, sondern nur in der deutsch-christlichen Familienethik, der evangelischen wie der katholischen, zu suchen und zu finden ist. Nur so erklärt sich der Umsturz in Berlin, wo noch vor Jahresfrist die Vertreter der christlichen Schule in der Minderheit waren, heute aber 122 Mann zählen, während die Anhänger der weltlichen Schule es nur auf 349 Mann gebracht haben. Man muß ja auch mit Gewerkschaftsblindheit geschlagen sein, wenn man die Bedeutung des Religionsunterrichts, dessen Weisheit in einer ganzen Schule den Stempel ausdrückt, nicht zu erkennen vermag. Die christlichen Eltern Zuhörern haben sich in dieser Beziehung schon viel zu viel gefallen lassen. Sie müssen sich zu Taten aufraffen, wie sie von den christlichen Eltern Württembergs gemeldet werden. Dort veranlaßte eine von 58 000 evangelischen Wahlberechtigten unterzeichnete Petition die Verfüzung des Religionsunterrichts und für die Erhaltung der evangelischen Schule, den Schulanspruch des Landtages, sich mit der Frage abzugeben. Jetzt hat der Landtag im Sinne der Eingabe und gegen den Antrag des Lehrervereins die Sache entschieden. Damit hat die deutsch-christliche Richtung einen glänzenden Sieg über die fremdländisch-weltliche errungen.

In Sachen liegen die Verhältnisse infolge der eigenartigen Volksschichtung nicht so günstig. Aber ein Grund der Sorge, der innere Wandel werde hier nicht eintreten, besteht nicht. Denn auch Tausende von Arbeitern, besonders von Arbeiterfrauen, gegen die Crispian auf dem Parteitag der Unabhängigen in Leipzig wegen ihrer Saumlässigkeit in der Abmeldung ihrer Kinder vom Religionsunterricht festige Vorwürfe erhob, haben sich innerlich bekehrt, weil sie am eigenen Leibe erfahren mußten, wohin es führt, wenn die weltliche Schule lehrt: „Du sollst Deine Eltern ehren, wenn sie danach sind.“ Außerlich freilich stehen viele noch auf der anderen Seite und schiden ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht, weil sie die Maßregelung durch die Gewerkschaft fürchten. Das ist natürlich tief zu bedauern, aber nur dann zu ändern, wenn die Arbeiter erkennen, daß die Rechtsparteien eine Macht bilden, die sie vor Vergewaltigungen schützen kann. Vordringend muß es darauf ankommen, alle die Väter und Mütter, die bisher ohne Gewerkschaftszwang rein im Umsturztaumel der weltlichen Schule und der Gemeinschaftsschule nachgelassen sind für die Heberzeugung zu gewinnen: der wesentlichste Aus des deutschen Volkstums war von altersher die Gottinnigkeit; sie zu pflegen, muß darum der Schule vornehmste Aufgabe sein; nur dann werden wir wieder auch ein sittlich hochstehendes Volk bilden, weil eine Sittlichkeit ohne Religion ein politischer Gummi ist. Diese Erkenntnis setzt sich bereits bei vielen durch, die früher gar nicht darüber nachgedacht haben, weil die deutsche Schule bis zum Umsturz eben religiös-sittliche Menschen zu bilden sich bemühte.

So erstens dieser innere Wandel ist, so auffallend ist ein äußerer Wechsel. Er hat sich an dem Namen vollzogen, mit dem die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten das Schulideal zu umschreiben pflegen. Nach dem Umsturz spielte der Ausdruck weltliche Schule die Hauptrolle. Gerade die Gewerkschaft sachlicher Volksschullehrer schrie ihn auf ihre Fahne. Das wesentliche Merkmal dieser Schulart ist, obwohl es aus erzieherischen Gründen von ihrem Anhängern in Elternversammlungen bestritten wird, die Religionsunterrichtslosigkeit, die Religionslosigkeit, die